

Niederschrift

über die 8. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 23.06.2015, um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Dr. Josef Korsten

Ratsmitglieder

Armin Barg
Ingrid Bartholomäus
Bernd Karl Bornewasser
Simon Bornewasser ab 16.35 Uhr / wrd. TOP 7
Joachim Bötte
Ursula Brand ab 16.05 Uhr
Dietmar Busch
Michael Dummer
Petra Ebbinghaus
Rolf Ebbinghaus
Jutta Eifer
Horst Enneper
Jürgen Fischer
Margot Grüterich
Klaus Haselhoff
Bernd-Eric Hoffmann
Olaf Jung
Rosemarie Kötter
Ralf-Udo Krapp
Thomas Lorenz
Dr. Axel Michalides
Arnold Müller
Heide Nahrgang
Elisabeth Pech-Büttner
Annette Pizzato
Dr. Jörg Rieger
Björn Rimroth
Udo Schäfer
Christoph Schlüter
Sebastian Schlüter
Rolf Schulte
Dietmar Stark
Klaus Steinmüller
Annette Verhees
Christian Viebach
Dejan Vujinovic
Dr. Jörg Weber ab 16.05 Uhr
Harald Weiss

von der Verwaltung

Ute Butz
 Julia Gottlieb
 Frank Nipken
 Regine Schmidt
 Sandra Hilverkus

Schriftführerin

Vanessa Jager

es fehlt:

Ratsmitglieder

Gerd Uellenberg

von der Sitzung
 ausgeschlossen

Peter Fritz Sebastian Ullmann

Tagesordnung: (geändert)

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 7. Sitzung des Rates der Stadt am 14.04.2015 (öffentlicher Teil)
2. Informationen des Bürgermeisters
3. Einwohnerfragestunde
5. Bericht über die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude (Antrag der FDP-Fraktion vom 11.06.2015) AN/0065/2015
6. Resolution zu den Kosten der Unterbringung von Flüchtlingen (Antrag der FDP-Fraktion vom 11.06.2015) AN/0064/2015
7. Erweiterung des Betreuungsangebotes für Kinder von 1 Jahr bis Schulpflicht BV/0154/2015
8. Sicherheits- und Hausmeisterdienst für Asylbewerberunterkünfte BV/0166/2015
9. Straßenunterhaltung 2015 BV/0156/2015
10. Kanalsanierung Teilgebiet 1B BV/0157/2015
11. Erneuerung Wegeverbindung Wülfing IV/0086/2015/1
12. BP Nr. 107; Gewerbegebiet Lünsenburg, Teilabschnitt nördlich B 229/südlich Gewerbestraße

- 12.1. VBP Nr. 4, Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme der Pledoc BV/0095/2015
- 12.2. VBP Nr. 4, Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme des Landesbetrieb Straßenbau NRW vom 28.05.2014 BV/0096/2015
- 12.3. VBP Nr. 4, Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme des Oberbergischen Kreises vom 30.05.2014 BV/0097/2015
- 12.4. VBP Nr. 4, Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme der Stadtwerke Radevormwald GmbH vom 30.05.2014 BV/0098/2015
- 12.5. VBP Nr. 4, Abwägung und Beschluss über die eingegangene Stellungnahme der Telefonica Germany GmbH & Co. OHG vom 30.07.2014 BV/0099/2015
- 12.6. VBP Nr. 4, Abwägung und Beschluss über die Stellungnahme der Bezirksregierung Düsseldorf, Kampfmittelbeseitigungsdienst vom 14.11.2014 BV/0100/2015
- 12.7. BP 107, Bericht über die Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes gem. § 3 (2) BauGB sowie die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB, Abwägung und Beschluss über die Stellungnahme der PLEdoc GmbH vom 02.03.2015 BV/0139/2015
- 12.8. BP 107, Abwägung und Beschluss über die während der Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme des Oberbergischen Kreises vom 12.03.2015 BV/0140/2015
- 12.9. BP 107, Abwägung und Beschluss über die während der Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme von Straßen NRW vom 12.03.2015 BV/0141/2015
- 12.10. BP 107, Bericht über die Einholung der Stellungnahmen der von der Änderung/ Ergänzung betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, Abwägung und Beschluss über die Stellungnahme des Oberbergischen Kreises vom 21.05.2015, ergänzt am 27.05.2015 BV/0159/2015
- 12.11. BP 107, Satzungsbeschluss BV/0160/2015
13. BP Nr. 42 a; Stadtkern
- 13.1. BP 42 a, 3. Änd., Bericht über die Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes gem. § 3 (2) BauGB sowie die Ein-

holung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB, Abwägung und Beschluss über die während der Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme des Rheinischen Amtes für Bodendenkmalpflege vom 18.03.2015

- | | | |
|-------|--|--------------|
| 13.2. | BP 42 a, 3. Änd., Satzungsbeschluss | BV/0138/2015 |
| 14. | Mitgliedschaft beim "Betriebsarztzentrum" | BV/0164/2015 |
| 15. | Besetzung von Ausschüssen und Gremien | AN/0059/2015 |
| 16. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen | IV/0124/2015 |
| 17. | Mitteilungen und Fragen | AF/0010/2015 |

Der Bürgermeister eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Der Bürgermeister weist auf den Nachtrag zur Einladung, die vorliegenden Tischvorlagen und auf kurzfristig vor der Sitzung vorgelegte Anträge zu TOP 15 „Besetzung von Ausschüssen und Gremien“ hin. Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert der Bürgermeister den Rat über den aktuellen Sachstand im Umgang mit Mitschnitten von Wortbeiträgen in Sitzungen, die durch das Ratsmitglied Ullmann angefertigt worden sind. Nach entsprechender Rechtsauskunft des Städte- und Gemeindebundes hat sich herausgestellt, dass solche Mitschnitte nur dann erlaubt sind, wenn kein Ratsmitglied dagegen stimmt bzw. wenn der Rat diesem Vorhaben einmütig zustimmt. Die Rechtsauskunft ist den Ratsmitgliedern bekannt.

Er fragt nunmehr, ob es ein oder mehrere Ratsmitglieder gibt, die dem Mitschneiden der Ratssitzung oder Teilen hiervon widersprechen. Daraufhin meldet sich die weitaus überwiegende Mehrheit der Ratsmitglieder. Der Bürgermeister stellt fest, dass somit die Voraussetzungen für Mitschnitte der Ratssitzung nicht gegeben sind, da keine Einmütigkeit diesbezüglich vorliegt. Er fordert alle Ratsmitglieder auf, sich an diese Rechtslage zu halten.

Herr Ullmann gibt an, dass er ungeachtet dessen auch weiterhin Mitschnitte seiner Wortbeiträge anfertigen und diese veröffentlichen wird. Er erklärt, dass sich das Antwortschreiben des Städte- und Gemeindebundes auf eine vollkommen andere Fragestellung bezieht. Die darin vorgebrachte Unterstellung, dass auch die Wortbeiträge anderer Ratsmitglieder mitgeschnitten werden, entspricht nicht den Tatsachen. Herr Ullmann betont, dass nur seine eigenen Wortbeiträge aufgezeichnet werden und dementsprechend die vorgebrachten Bedenken nicht nachvollzogen werden können. Da keine gesetzliche Grundlage für diese Entscheidung genannt werden kann, fordert er den Bürgermeister auf, die getätigten Aussagen zurückzuziehen und gegenüber dem Städte- und Gemeindebund zu erklären, dass es zu keiner Aufzeichnung von Redebeiträgen anderer Ratsmitglieder gekommen ist.

Der Bürgermeister stellt fest, dass Herr Ullmann trotz der Rechtslage weiterhin Mitschnitte anfertigen will. Er weist den Rat auf die möglichen Sanktionen gegenüber einem Ratsmitglied in § 22 der für den Rat gültigen Geschäftsordnung hin. Demnach besteht bei ungebührlichem Verhalten eines Ratsmitglieds zunächst die Möglichkeit, diesem die auf den Sitzungstag entfallende Entschädigung zu entziehen. Der Bürgermeister lässt den Rat hierüber abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt gem. § 22 Satz 1 der derzeit gültigen Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Radevormwald und seine Ausschüsse, dem Ratsmitglied Ullmann, die für die heutige Ratssitzung entfallende Entschädigung zu entziehen.

Abstimmungsergebnis:	35 Ja-Stimmen	(13 CDU, 9 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 FDP, 2 proNRW, 2 RUA, Bürgermeister)
	3 Nein-Stimmen	(2 Grüne, AL)
	1 Enthaltung	(Ullmann)

Nach erneuter Nachfrage des Bürgermeisters, ob er angesichts dieser Entscheidung des Rates nunmehr auf Mitschnitte verzichten werde, erklärt Herr Ullmann, dass er dennoch Mitschnitte fertigen werde. Zudem hält er das Vorgehen des Bürgermeisters für rechtswidrig und wird entsprechende juristische Schritte dagegen einleiten.

Der Bürgermeister beruft sich abermals auf den § 22 der Geschäftsordnung und merkt an, dass das Ratsmitglied Ullmann sein rechtswidriges Verhalten fortsetzen will und lässt den Rat im nächsten Schritt über die Möglichkeit nach Geschäftsordnung, das Ratsmitglied für die heutige Sitzung auszuschließen, abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt gem. § 22 Satz 2 der derzeit gültigen Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Radevormwald und seine Ausschüsse, das Ratsmitglied Ullmann von der heutigen Ratssitzung auszuschließen.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen (13 CDU, 9 SPD, 4 UWG, 2 FDP, 2 proNRW, 2 RUA, Bürgermeister)
4 Nein-Stimmen (2 Grüne, AL, Ullmann)
2 Enthaltungen (2 AL)

Des Weiteren schlägt der Bürgermeister vor, den Antrag der AL „Gesamtstatik des städtischen Gebäudeteils in der Textilstadt Wülfing“ (TOP 4) in den nichtöffentlichen Teil zu verschieben. Er merkt an, dass sich das aktuelle Rechtsstreitverfahren ebenfalls auf Fragen der Statik bezieht und deshalb auf eine Behandlung im öffentlichen Teil verzichtet werden sollte.

Herr Ebbinghaus sieht hier keinen unmittelbaren Zusammenhang und erklärt, dass die AL-Fraktion diesem Vorschlag nicht zustimmen wird.

Der Bürgermeister lässt über die Verschiebung in den nichtöffentlichen Teil abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen (13 CDU, 9 SPD, 4 UWG, 2 Grüne, 2 FDP, 2 proNRW, 2 RUA, Bürgermeister)
3 Nein-Stimmen (3 AL)

Weitere Anträge und Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 7. Sitzung des Rates der Stadt am 14.04.2015 (öffentlicher Teil)

Der Rat der Stadt nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

2. Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Ratsmitglieder Lorenz und Haselhoff zum 01.06.2015 eine neue Fraktion gebildet haben. Die Fraktion RUA (Radevormwalder Unabhängige Alternative) wird von Herrn Lorenz geleitet; Herr Haselhoff ist sein Stellvertreter.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

5. Bericht über die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude (Antrag der FDP-Fraktion vom 11.06.2015) AN/0065/2015

Frau Pizzato erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Der Bürgermeister schlägt vor, dass die Verwaltung beauftragt wird eine entsprechende Aufstellung anzufertigen und diese im Bauausschuss vorzustellen.

Diesem Vorschlag stimmt der Rat einvernehmlich zu.

6. Resolution zu den Kosten der Unterbringung von Flüchtlingen (Antrag der FDP-Fraktion vom 11.06.2015) AN/0064/2015

Frau Pizzato erläutert den Antrag der FDP-Fraktion und bittet den Rat, der vorliegenden Resolution zuzustimmen.

Frau Pech-Büttner erklärt, dass diese Resolution unterstützt wird und zitiert aus einer Presseerklärung der rot-grünen Landesregierung vom 16.06.2015, dass die von der Bundesregierung für 2015 gewährten Mittel zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in diesem Jahr in vollem Umfang an die Städte und Gemeinden weitergegeben werden.

Herr Stark merkt an, dass der Resolutionstext die Vermutung zulässt, dass die Landesregierung sich an wesentlichen Einnahmen bereichert. Herr Stark befindet diese Resolution für inhaltlich nicht korrekt; es muss berücksichtigt werden, dass das Land NRW neben einer Vielzahl von Zuschüssen und Zuweisungen auch Sonderpauschalen an die Städte und Gemeinden zahlt. Weiterhin erfolgen u.a. Kostenerstattungen durch das Land an die örtlichen Träger für die Unterbringung in (teil)stationäre Einrichtungen; die Tendenz der Resolution geht seiner Meinung nach in die falsche Richtung. Er räumt ein, dass die Höhe der zur Verfügung gestellten Mittel zwar verbesserungswürdig ist, aber der angewandte Berechnungsschlüssel nicht durch eine Resolution beeinflusst werden kann. Er gibt weiter an, dass auch in keinem anderen Bundesland eine vollständige Kostenübernahme erfolgt. Die SPD-Fraktion wird die Resolution daher ablehnen.

Herr Nipken fügt ergänzend hinzu, dass der Haushalt 2015 nach der Rechtslage aus 2014 erstellt worden ist. Danach wurde mit einer Landeszweisung von 210.000 € gerechnet. Bisher sind Mittel in Höhe von 349.000 € eingegangen. Wenn die insgesamt erwarteten 489.000 € zugeleitet worden sind, steigt die Kostendeckung im Asyl-Bereich von unter 20 % auf über 40 %.

Der Bürgermeister macht abschließend noch einmal deutlich, dass die Unterbringung von Flüchtlingen eine staatliche und keine kommunale Aufgabe ist. Die Zuständigkeit für die Finanzierung der notwendigen Vorkehrungen sieht er deshalb bei Bund und Land.

Es erfolgt nun die Abstimmung über die Resolution.

Beschluss:

Der Rat der Stadt verabschiedet folgende Resolution:

1. Die Landesregierung NRW wird aufgefordert, die Kosten der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und asylbegehrenden Zuwanderer in voller Höhe an die Kommunen zu erstatten.

2. Der Landrat und der Oberbergische Kreistag werden aufgefordert, die Resolution zu unterstützen und sich ebenfalls für die Kostenübernahme durch das Land einzusetzen.
3. Der Städte- und Gemeindebund als Interessenvertretung der Kommunen wird ebenfalls aufgefordert, seinen Einfluss bei der Landesregierung entsprechend einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen (13 CDU, 4 UWG, 2 Grüne, 3 AL, 2 FDP, 2 RUA, Bürgermeister)
 7 Nein-Stimmen (7 SPD)
 2 Enthaltungen (2 SPD)

7. Erweiterung des Betreuungsangebotes für Kinder von 1 Jahr bis Schulpflicht BV/0154/2015

Der Bürgermeister gibt an, dass diese Vorlage sehr ausführlich im Fachausschuss besprochen und auch so dem Rat empfohlen worden ist.

Frau Pizzato erläutert den zu diesem TOP vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion. Sie betont, dass neben den im Jugendhilfeausschuss genannten freien Trägern auch andere örtliche Träger, wie Unternehmen und Firmen, angesprochen werden sollen.

Hierzu erklärt Frau Butz, dass sämtliche freie Träger in Radevormwald angeschrieben worden sind. Firmen selbst ist es nicht möglich einen Kindergarten einzurichten, da diese keine freien Träger der Jugendhilfe sind. Eine erneute Abfrage ist in Anbetracht der vorliegenden Dringlichkeit nicht empfehlenswert.

Es erfolgt nun die Abstimmung über die Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses schnellstmöglich eine viergruppige Kindertageseinrichtung, die in freier Trägerschaft geführt werden soll, zu schaffen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Sicherheits- und Hausmeisterdienst für Asylbewerberunterkünfte BV/0166/2015

Der Bürgermeister erläutert die Verwaltungsvorlage. Er bittet den Rat, der selbstständigen Vergabe durch die Verwaltung im Hinblick auf eine rechtzeitige Bereitstellung dieser Dienstleistungen, zuzustimmen.

Herr Viebach spricht sich im Namen der CDU-Fraktion für die Aufhebung des Sperrvermerks sowie die Ausschreibung und Submission des Hausmeisterservices und des Sicherheitsdienstes aus. Der eigenständigen Vergabe durch die Verwaltung wird allerdings nicht zugestimmt; hier ist es durchaus möglich, mithilfe einer Dringlichkeitsentscheidung zeitnah zu agieren.

Herr Schäfer kann das Erfordernis eines Sicherheitsdienstes nicht nachvollziehen; daher wird die proNRW-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Herr Hoffmann erklärt, dass sich die UWG-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag anschließen wird. Er bittet die Verwaltung, die Ergebnisse der Submission an die Fraktionsvorsitzenden weiterzuleiten.

Herr Ebbinghaus schließt sich den Ausführungen von Herrn Viebach an. Die Regeln sollten grundsätzlich befolgt und nicht bei jeder Gelegenheit umgangen werden. Weiter erklärt er, dass der Bedarf an einem Sicherheitsdienst zwar auch gesehen wird, die Leistung durch einen externen Dienstleister allerdings als nicht wünschenswert einzustufen ist. Aus diesem Grund wird die AL-Fraktion den gesamten Beschlussvorschlag ablehnen.

Herr Simon Bornewasser gibt an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Verwaltungsvorschlag zustimmen wird, betont aber, dass die Wahrnehmung der aususchreibenden Leistungen durch städtische Mitarbeiter die erstrebenswertere Lösung gewesen wäre.

Der Bürgermeister lässt zunächst über den Verwaltungsvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt beschließt, den Sperrvermerk im Produkt 1.05.04 „Hilfen für Asylbewerber“ für privaten Hausmeister- und Sicherheitsdienst Asylbewerberunterkunft aufzuheben.
2. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die Maßnahmen Hausmeisterservice und Sicherheitsdienst an externe Dienstleister auszuschreiben, zu submittieren und den Auftrag an den geeigneten Bieter zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen (4 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 2 RUA, Bürgermeister)
27 Nein-Stimmen (13 CDU, 9 SPD, 3 AL, 2 proNRW)

Der Verwaltungsvorschlag ist somit abgelehnt.

Es erfolgt nun die Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt beschließt, den Sperrvermerk im Produkt 1.05.04 „Hilfen für Asylbewerber“ für privaten Hausmeister- und Sicherheitsdienst Asylbewerberunterkunft aufzuheben.
2. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die Maßnahmen Hausmeisterservice und Sicherheitsdienst an externe Dienstleister auszuschreiben und zu submittieren.

Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen (13 CDU, 9 SPD, 3 AL, 2 RUA, Bürgermeister)
11 Enthaltungen (4 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 2 proNRW)

9. Straßenunterhaltung 2015

BV/0156/2015

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, nach der Genehmigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht die Baumaßnahmen gemäß der aktuellen städtischen Vergabeordnung öffentlich auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Kanalsanierung Teilgebiet 1B**BV/0157/2015**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, nach der Genehmigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht die Baumaßnahmen gemäß der aktuellen städtischen Vergabeordnung öffentlich auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Erneuerung Wegeverbindung Wülfing**IV/0086/2015/1**

Herr Ebbinghaus erklärt, dass die AL-Fraktion entgegen ihrem Abstimmungsverhalten im Bauausschuss, dem Verwaltungsvorschlag heute nicht zustimmen wird. Durch eine fachlich begleitete Begutachtung der Fußgängerbrücke wurden die Bedenken gestützt, dass die Brücke durchaus sanierungsfähig ist und dies zu niedrigeren Kosten als der geplanten Erneuerung führen würde.

Es erfolgt nun die Abstimmung über die Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die Baumaßnahme gemäß der aktuellen städtischen Vergabeordnung öffentlich auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen (13 CDU, 9 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 proNRW, 2 RUA, Bürgermeister)
5 Nein-Stimmen (3 AL, 2 FDP)

12. BP Nr. 107; Gewerbegebiet Lünsenburg, Teilabschnitt nördlich B 229/südlich Gewerbestraße

Herr Hoffmann fragt an, ob die zu diesem TOP ausführlichen Unterlagen notwendig sind, wenn diese bereits im Fachausschuss vorgelegen haben. Er bittet diesbezüglich um eine Prüfung durch die Verwaltung.

Der Bürgermeister kann diesen Einwand nachvollziehen und sagt eine entsprechende Überprüfung für die zukünftige Handhabung zu.

12.1. VBP Nr. 4, Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme der Pledoc

BV/0095/2015**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, den Anregungen der Pledoc GmbH zu folgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12.2. VBP Nr. 4, Abwägung und Beschluss über die während BV/0096/2015
der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme des Landesbetrieb Straßenbau NRW vom
28.05.2014**

Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Ebbinghaus gibt der Beauftragte der Fa. Gira, Herr Knapp von der Fa. Tau, an, dass sowohl die Anbauverbots- sowie die Anbaubeschränkungszone gesetzlich festgelegt und diesbezüglich kein Ermessensspielraum gegeben ist.

Frau Gottlieb betont abschließend, dass im Bebauungsplan alle geforderten Maßgaben von Straßen NRW berücksichtigt worden sind.

Es erfolgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, den Anregungen von Straßen NRW bezüglich der „Nichtschaffung“ von „neuen“ Zugängen/ Zufahrten zur freien Strecke sowie zur Darstellung der Anbauverbots- und Beschränkungszone im Bebauungsplanentwurf zu folgen sowie der bezüglich der Unzulässigkeit/ Nichtgewährung von Schutzansprüchen nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12.3. VBP Nr. 4, Abwägung und Beschluss über die während BV/0097/2015
der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme des Oberbergischen Kreises vom 30.05.2014**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, den Anregungen des Oberbergischen Kreises aus immissionschutzrechtlicher, artenschutzrechtlicher und landschaftspflegerischer Sicht zu folgen und denen aus wasserwirtschaftlicher Sicht nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12.4. VBP Nr. 4, Abwägung und Beschluss über die während BV/0098/2015
der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme der Stadtwerke Radevormwald GmbH vom
30.05.2014**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, der Anregung der Stadtwerke Radevormwald zu folgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12.5. VBP Nr. 4, Abwägung und Beschluss über die eingegangene Stellungnahme der Telefonica Germany GmbH & Co. OHG vom 30.07.2014 BV/0099/2015

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, der Anregung der Telefonica Germany GmbH & Co. zu folgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12.6. VBP Nr. 4, Abwägung und Beschluss über die Stellungnahme der Bezirksregierung Düsseldorf, Kampfmittelbeseitigungsdienst vom 14.11.2014 **BV/0100/2015**

Herr Ebbinghaus erklärt, dass sich die AL-Fraktion bei der Abstimmung zu diesem Punkt enthalten wird, da hier die Verantwortung zwischen der Verwaltung und der Bezirksregierung Düsseldorf hin- und hergeschoben wird; nach Meinung der AL-Fraktion sollte diese bei der Bezirksregierung liegen.

Es erfolgt die Abstimmung über die Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, der Stellungnahme des Kampfmittelbeseitigungsdienstes teilweise zu folgen.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen (13 CDU, 9 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 2 proNRW, 2 RUA, Bürgermeister)
3 Enthaltungen (3 AL)

12.7. BP 107, Bericht über die Öffentliche Auslegung des Bauungsplanentwurfes gem. § 3 (2) BauGB sowie die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB, Abwägung und Beschluss über die Stellungnahme der PLEdoc GmbH vom 02.03.2015 **BV/0139/2015**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, der Anregung der PLEDoc GmbH zu folgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12.8. BP 107, Abwägung und Beschluss über die während der Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme des Oberbergischen Kreises vom 12.03.2015 **BV/0140/2015**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt der Anregung des Oberbergischen Kreises aus bodenschutzrechtlicher und polizeilicher Sicht teilweise zu folgen sowie denen aus brandschutztechnischer und wasserwirtschaftlicher Sicht nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12.9. BP 107, Abwägung und Beschluss über die während der Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme von Straßen NRW vom 12.03.2015 **BV/0141/2015**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, den Anregungen von Straßen NRW bezüglich der „Nichtscharfung“ von neuen Zugängen/ Zufahrten zur freien Strecke, der Darstellung der Anbauverbots-

und Beschränkungszonen sowie des Erhalts des Grünstreifens zu folgen und den weiteren Forderungen nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12.10. BP 107, Bericht über die Einholung der Stellungnahmen der von der Änderung/ Ergänzung betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, Abwägung und Beschluss über die Stellungnahme des Oberbergischen Kreises vom 21.05.2015, ergänzt am 27.05.2015 BV/0159/2015

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, den Anregungen des Oberbergischen Kreises aus bodenschutzrechtlicher Sicht nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen (13 CDU, 9 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 3 AL, 2 FDP, 2 proNRW, 2 RUA, Bürgermeister)
3 Nein-Stimmen (3 AL)

12.11. BP 107, Satzungsbeschluss BV/0160/2015

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gem. § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 107; Gewerbegebiet Lünsenburg, Teilabschnitt nördlich B 229/ südlich Gewerbestraße als Satzung und stimmt der Begründung einschließlich Umweltbericht gem. § 9 Abs. 8 BauGB zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. BP Nr. 42 a; Stadtkern

Herr Lorenz und Herr Busch erklären ihre Befangenheit und nehmen daher an Beratung und Abstimmung zu diesem TOP nicht teil.

13.1. BP 42 a, 3. Änd., Bericht über die Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes gem. § 3 (2) BauGB sowie die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB, Abwägung und Beschluss über die während der Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme des Rheinischen Amtes für Bodendenkmalpflege vom 18.03.2015 BV/0137/2015

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, der Anregung des Amtes für Bodendenkmalpflege im Rheinland teilweise zu folgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13.2. BP 42 a, 3. Änd., Satzungsbeschluss**BV/0138/2015**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt gem. § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 42 a, Stadtkern; 3. Änderung als Satzung und stimmt der Begründung gem. § 9 Abs. 8 BauGB zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Mitgliedschaft beim "Betriebsarztzentrum"**BV/0164/2015**

Der Bürgermeister erläutert die Verwaltungsvorlage.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Rieger bestätigt der Bürgermeister, dass in dem Mitgliedsbeitrag alle Leistungen enthalten sind.

Es erfolgt die Abstimmung über die Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, ab 01. Juli 2015 Mitglied beim „Betriebsarztzentrum von Remscheid und Umgebung e.V.“ zu werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Besetzung von Ausschüssen und Gremien**AN/0059/2015**

Beschluss:

Auf Antrag des Bergischen Naturschutzvereins e.V. beschließt der Rat der Stadt folgende Ausschussbesetzung:

Frau Kathi Hentzschel wird als beratendes Mitglied für den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschließt der Rat der Stadt folgende Ausschussbesetzungen:

Herr Ulrich Rompf wird anstelle von Frau Maya Benicke als ordentliches Mitglied für den Seniorenbeirat benannt. Als Vertreterin wird Frau Maya Benicke anstelle von Herrn Ulrich Rompf benannt.

Herr Malik Nasir Mahmood wird anstelle von Frau Josephine Brücher als ordentliches Mitglied für den Wahlausschuss benannt.

Herr Klaus Luchtenberg wird anstelle von Frau Maya Benicke als ordentliches Mitglied für den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Auf Antrag der RUA-Fraktion beschließt der Rat der Stadt folgende Ausschussbesetzungen:

Herr Thomas Lorenz wird als beratendes Mitglied für den Haupt- und Finanzausschuss benannt. Als Vertreter wird Herr Klaus Haselhoff benannt.

Herr Thomas Lorenz wird als beratendes Mitglied für den Rechnungsprüfungsausschuss benannt. Als Vertreter wird Herr Klaus Haselhoff benannt.

Herr Klaus Haselhoff wird als beratendes Mitglied für den Ausschuss für Demographie benannt. Als Vertreterin wird Frau Renate Haselhoff benannt.

Herr Thomas Lorenz wird als beratendes Mitglied für den Ausschuss für Eigenbetriebe und Beteiligungen benannt. Als Vertreter wird Herr Klaus Haselhoff benannt.

Frau Renate Haselhoff wird als beratendes Mitglied für den Ausschuss für Soziales, Sport und Integration benannt. Als Vertreter wird Herr Klaus Haselhoff benannt.

Herr Klaus Haselhoff wird als beratendes Mitglied für den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt benannt. Als Vertreterin wird Frau Renate Haselhoff benannt.

Herr Klaus Haselhoff wird als beratendes Mitglied für den Bauausschuss benannt. Als Vertreterin wird Frau Renate Haselhoff benannt.

Herr Thomas Lorenz wird als beratendes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss benannt. Als Vertreter wird Herr Klaus Haselhoff benannt.

Herr Thomas Lorenz wird als beratendes Mitglied für den Aufsichtsrat Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH & Co. KG benannt.

Herr Thomas Lorenz wird als beratendes Mitglied für den Aufsichtsrat der Stadtwerke Radevormwald GmbH benannt.

Herr Klaus Haselhoff wird als beratendes Mitglied für den Aufsichtsrat der Bäder GmbH benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Auf Antrag der CDU-Fraktion beschließt der Rat der Stadt folgende Ausschussumbesetzungen:

Frau Erni Huckenbeck wird anstelle des verstorbenen Dietrich Lunderstädt als ordentliches Mitglied für den Wahlausschuss benannt.

Herr Rolf Schulte wird anstelle von Herrn Christian Viebach als stellvertretendes Mitglied für den Wahlausschuss benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Auf Antrag der AL-Fraktion beschließt der Rat der Stadt folgende Ausschussumbesetzung:

Herr Konrad Betz wird anstelle von Frau Barbara Haering als stellvertretendes Mitglied für den Bauausschuss benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Stark bittet über den vorliegenden Antrag des Bürgerbus-Vereins e.V. auf Einrichtung einer beratenden Stimme im Ausschuss für Kultur, Tourismus und Verkehr erst in die nächste Ratssitzung abstimmen zu lassen, da noch kein abschließendes Meinungsbild hierüber vorliegt.

Herr Ebbinghaus kann diesen Wunsch nicht nachvollziehen.

Der Bürgermeister lässt über den Antrag von Herrn Stark abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

30 Ja-Stimmen	(13 CDU, 9 SPD, 3 UWG, 2 proNRW, 2 RUA, Bürgermeister)
8 Nein-Stimmen	(UWG, 2 Grüne, 3 AL, 2 FDP)
1 Enthaltung	(Grüne)

Beschluss:

Auf Antrag der FDP-Fraktion beschließt der Rat der Stadt folgende Ausschussumbesetzungen:

Herr Rainer Röhlig wird anstelle von Herrn Reinhard Brach als stellvertretendes Mitglied für den Ausschuss für Kultur, Tourismus und Verkehr benannt.

Frau Jutta Eifer wird anstelle von Herrn Jürgen Wustmann als beratendes Mitglied für den Aufsichtsrat Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH & Co. KG benannt.

Herr Rainer Röhlig wird anstelle von Frau Jutta Eifer als stellvertretendes beratendes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen IV/0124/2015

Der Rat der Stadt nimmt die vorliegende Liste zur Kenntnis.

17. Mitteilungen und Fragen AF/0010/2015

a) Herr Nipken teilt dem Rat mit, dass am heutigen Tag die Haushaltsgenehmigung eingegangen ist.

b) Der Bürgermeister nimmt Stellung zu der vorliegenden Anfrage der FDP-Fraktion. Er teilt dem Rat mit, dass unmittelbar nach der letzten Ratssitzung eine entsprechende Kontaktaufnahme mit dem Kreis stattgefunden hat. Nach einer ersten positiven Rückmeldung seitens des Kreises, dass eine Übernahme der Bauaufsicht grundsätzlich möglich ist, wurde von dort eine Vielzahl von Unterlagen angefordert. Diese Unterlagen wurden Anfang Juni zugestellt

und müssen nun beim Kreis ausgewertet werden, bevor es zu eventuellen Verhandlungen kommen kann.

c) Herr Hoffmann möchte wissen, ob die Verwaltung schon Pläne für die zu Anfang des Jahres eingegangenen zweckgebundene Mittel i.H.v. 138.000 € für die Flüchtlingsarbeit hat. Falls nicht, bittet er diesbezüglich um besondere Berücksichtigung im Bereich der ehrenamtlichen Arbeiten, u.a. im Hinblick auf Patenschaften.

Herr Nipken erklärt hierzu, dass diese Haushaltsmittel nicht zweckgebunden sind; es handelt sich hierbei um allgemeine Deckungsmittel für den Haushalt.

d) Frau Pizzato gibt an, dass die FDP-Fraktion für die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Sport und Integration einen Antrag auf Einrichtung einer Koordinatorenstelle gestellt hat. Das Engagement im Ehrenamtsbereich muss gewürdigt und entlastet werden.

e) Frau Ebbinghaus weist auf die Schäden der Pflastersteine am Marktplatz hin und bittet um Auskunft, ob und in welchem Umfang ein Gewährleistungsanspruch vorliegt. Des Weiteren betont sie, dass auch im übrigen Stadtbereich eine Vielzahl von Steinen fehlt bzw. beschädigt sind und Lampen unprofessionell aufgestellt worden sind.

Frau Gottlieb gibt an, dass die Antworten dem Protokoll beigelegt werden und bietet gleichzeitig an, bei einem Ortstermin die Schäden gemeinsam zu begutachten.

Der Bürgermeister betont, dass unter diesem TOP keine detaillierten Beratungen und Diskussionen erfolgen, sondern nur einfache Fragen und Mitteilungen behandelt werden sollen. Er bittet um entsprechende Beachtung.

f) Herr Ebbinghaus weist auf die bevorstehende Veränderung der Postsituation in Radevormwald hin. Er möchte zunächst von der Verwaltung wissen, inwieweit das Postgebäude, welches damals unter besonderen Auflagen errichtet worden ist, hinsichtlich seiner zukünftigen Nutzung eingeschränkt ist bzw. welche Nutzungsmöglichkeiten vorliegen.

Der Bürgermeister gibt an, dass diese Information dem Protokoll beigelegt wird.

g) Herr Ebbinghaus führt weiter aus, dass bekanntermaßen eine neue Poststelle in der Innenstadt eröffnet wird. Diese Lage ist betreffend der notwendigen An- und Abfuhr von Paketen, insbesondere durch die Paketdienste als problematisch einzustufen. Seiner Kenntnis nach hat die Verwaltung den Wunsch, dass die Poststelle nach 11 Uhr nicht mehr durch größere Fahrzeuge der Post angefahren werden soll. Er bittet um entsprechende Auskunft.

Der Bürgermeister erklärt, dass er unvorbereitet zu einer umfassenden Stellungnahme nicht in der Lage ist. Er bittet, solche komplexen Themen vorher anzumelden.

Ende des öffentlichen Teils: 17.40 Uhr / Unterbrechung bis 17.50 Uhr

Dr. Josef Korsten
Vorsitzender

Vanessa Jäger
Schriftführer